

Die Mitläuferfabrik funktionierte

BZ-SERIE (10): In den Rathäusern gab es nach Kriegsende einen Bruch nur auf Leitungsebene – die Fachleute wurden für den Wiederaufbau der zerstörten Städte gebraucht

Von Wulf Rüsckamp

*Wir drängten uns in die Partei,
Wir waren überall dabei,
Wir waren gierige Profitler,
Wir schrien oft und laut „Heil Hitler!“
Wir nannten ihn ein höheres Wesen,
... doch Nazi sind wir nie gewesen!*

Dieses von einem anonymen Autor stammende Gedicht, das in der Nachkriegszeit kursierte, hatte sich der promovierte Jurist Franz Friedebach 1947 an den Schrank in seinem Amtszimmer im Freiburger Rathaus geheftet. Für ihn war das Zitat nur bedingt witzig. Denn er hatte den Auftrag der Stadtverwaltung, erteilt durch die französische Militärregierung, alle „ehemaligen Funktionäre der NSDAP und der angeschlossenen Gliederungen“, also SA und SS, aber auch das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps und andere, in einer Kartei zu erfassen.

Akten dazu gab es damals nicht mehr: Die politische Kartei des städtischen Perso-



Um den Alltag im zerstörten Freiburg zu organisieren, griff man im Rathaus auf NS-belastetes Personal zurück.

FOTO: ARCHIV HANS SCHMIDT



nalamentes war verbrannt. Auszuführen hatte die Suche nach den ehemaligen Nazis die von Friedebach geleitete „Politische Abteilung“ im Statistischen Amt der Stadt. Wie wenig Erfolg das hatte, lehrt eben das Gedicht. Als er deshalb versuchen wollte, durch einen öffentlichen Aufruf nachzufragen, dass sich diese ja in ihrem Umfeld immer noch gut bekannten Funktionäre an einem bestimmten Tag im Amt einfinden sollten, schritt die Militärregierung ein. Sein achtseitiger Fragebogen zur persönlichen Nazivergangenheit wurde ebenfalls abgelehnt. So entschloss sich nur sieben Monate nach dem Start der Aktion die Stadtspitze, diese „Rekonstruktion der NSDAP“ einzustellen.

Dies ist freilich nur ein Kapitel in der wenig durchschlagenden Aufarbeitung des gerade erst beendeten „Dritten Reichs“ in Freiburg, aber auch in allen anderen Gemeinden nicht nur in Südbaden. Sie sollte

vor allem einem Ziel dienen: die Kommunalverwaltung, aber auch die anderen Organisationen sowie die Unternehmen vom verbrecherischen Geist des Nationalsozialismus und damit von Parteigenossen der NSDAP zu befreien. Am Anfang schien dies recht erfolgreich. Denn als Erstes wurden die meisten Bürgermeister und alle Landräte, in Baden nahezu durchweg Parteimitglieder, ihres Amtes enthoben. In Freiburg waren bis Mitte Juli 1945 durch diese „politischen Säuberungen“ weitere 172 Personen erfasst und 58 Beamte suspendiert worden. Ebenso rasch verloren alle SS-Angehörigen ihre Jobs und wurden in der Regel interniert. Das klingt viel – war es aber nicht. In der dreibändigen Geschichte der Stadt Freiburg heißt es dazu als Folge der Besetzung Freiburgs am 21. und 22. April 1945: „Zumindest zwei Institutionen setzten ihre Tätigkeit beinahe bruchlos fort: die Kirche und die Stadtverwaltung.“

Die lokalen Untersuchungsausschüsse brachten höchst unterschiedliche Ergebnisse hervor. Auch die von ihnen ausgesprochenen Sanktionen, über die eine übergeordnete „Reinigungskommission“ endgültig (und wie sich zeigte: oft höchst fragwürdig) entschied, waren uneinheitlich. In Lörrach warf man keinen Nazi hinaus, sondern stufte die betreffenden städtischen Mitarbeiter in ihrem Gehalt zurück

auf den Tag ihres Parteieintritts oder ihres Aufnahmeantrags. Und während in Renchen selbst nicht aktiv gewesene Ex-Parteimitglieder aus politischen Gründen entlassen wurden, hielten Bürgermeister in Kirchzarten und Gottenheim belastete, zur Entlassung vorgesehene Bedienstete im Amt, schlicht weil sie diese als Fachleute benötigten. Denn es war ja nicht nur der Nationalsozialismus zu Ende gegangen, sondern auch der Krieg, der Verwüstungen und den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Systems zur Folge hat. Viele Menschen waren auf Wanderschaft, es fehlten Dinge des täglichen Lebens, die Organisation von Staat und Gesellschaft war in vielen Bereichen neu zu strukturieren. Gerade was die Kommunalverwaltungen angeht, wusste das französische Militär sehr genau, dass es auf deren Mitarbeit angewiesen war.

Zugleich aber grassierte im ersten Jahr der Besetzung die Furcht vor einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung, die es aber bis auf wenige Verirrte nicht gab. Die Zerstörungen in Freiburg und anderen Orten hatten ein gewaltiges Wohnungsproblem bewirkt, die umliegenden Dörfer mussten viele Stadtflüchtlinge aufnehmen; Aufgaben, der sich bereits unmittelbar nach der Bombardierung die Parteiorganisationen entzogen hatten. Zudem re-

quirierte die Militärregierung für ihre Angehörigen Häuser und Wohnungen, deren Mieter oder Besitzer anderweitig unterzubringen waren.

Noch gravierender war die Ernährungskatastrophe, der die städtische Bevölkerung ausgesetzt war und die man mit Bezugsscheinen zu regeln versuchte. Hilfe von den Besatzern konnte sie nicht erwarten, im Gegenteil gingen die Franzosen, anders als etwa die US-Amerikaner in ihrer Besatzungszone, davon aus, dass sich ihre Truppen aus den besetzten Gebieten ernährten. Denn auch in Frankreich herrschte Hunger nach der Befreiung von den Deutschen, die es dort ähnlich gehalten hatten. Dass viele Krankenhäuser in Baden zerstört oder beschädigt waren, stellte die Gesundheitsversorgung der Menschen vor große Probleme. Andere Herausforderungen lagen in der Reparatur zerstörter Infrastruktur – also Strom, Wasser, Abwasser – und in der Absicherung der Ruinengrundstücke. All dies verlangte nach einer funktionierenden Verwaltung gerade in den größeren Städten, aber auch in den Dörfern. Darum hat es in diesem Bereich nie eine „Stunde Null“ gegeben. Gewiss, NS-belastete Bürgermeis-

ter, Landräte und viele Amtsleiter mussten gehen. Unterhalb dieser politischen Ebene jedoch arbeitete eine Beamtenschaft, an deren Zusammensetzung sich 1945 und danach nicht viel änderte.

Eine solche Kontinuität gelang auch dem Chef der Freiburger Stadtplanung, Joseph Schlippe. Er hatte sich bestens mit dem NS-Oberbürgermeister Franz Kerber vertragen, der sich 1933 ins Amt gedrängt hatte. Kerber, im September 1945 am Schauinsland ermordet aufgefunden – der Sachverhalt ist bis heute ungeklärt –, hatte bereits den ersten Nachkriegsbürgermeister Max Keller als provisorischen Gemeindeleiter für den Notfall benannt, den die Franzosen in der Tat einsetzten. Auch Schlippe wurde gleichsam durch Kerber für die Zeit nach dem Krieg als Stadtplaner gesetzt.

Im Freiburger Stadtarchiv hatte Kerber im Dezember 1944 eine Art „Testament“ hinterlegt, in dem er Leitlinien des Wiederaufbaus formulierte. Für deren Realisierung wurde ein orts- und geschichtskundiger Fachmann benötigt, schrieb er darin – eine Steilvorlage für Schlippe. In genauer Kenntnis des Textes nutzte er sie ein Jahr später, als er sich mit seinem Wiederaufbauplan beim neuen Gemeinderat bewarb – mit gleichen Worten und dem Skript nach sogar mit gleichen Rechtschreibfehlern. Mit Erfolg: Freiburg wurde wieder aufgebaut nach Plänen, deren Grundsätze schon in der NS-Zeit und in Abstimmung mit dem NS-Oberbürgermeister geschrieben worden waren.

Ende 1949, so das Fazit, waren rund 200 ehemalige NSDAP-Mitglieder – soweit bekannt – im Freiburger Rathaus tätig, davon zwölf in höherem Dienst. Die Entnazifizierung, 1947 sogenannten Spruchkammern übertragen, war da längst zu einer „Mitläuferfabrik“ geworden, die keine aktiven Parteimitglieder mehr kannte. Der parteilose Friedrich Hefe, Leiter des Freiburger

Stadtarchivs und Vorsitzender des städtischen Untersuchungsausschusses, hatte 1946 in seinem zornigen Schlusswort gesagt: „Nach den Entschuldigungen und Ausreden, wie wir sie dauernd zu hören bekamen, hätte es in der Freiburger Stadtverwaltung überhaupt keine Nazis oder nur ganz wenige gegeben.“

Alle Serienteile auf www.badische-zeitung.de/75-jahre-kriegsende

*In den
Verwaltungen
hat es nie eine
„Stunde Null“
gegeben*

Lerngruppen für Schüler

Wer nicht selbständig lernt

STUTTGART (dpa/ahab). Abgehängte und schlecht erreichbare Schüler können ab kommender Woche in die Schule zur Betreuung in kleinen Lerngruppen bestellt werden. Es gebe einen ordentlichen Teil an Schülern, die man weder digital noch analog erreiche, erklärte Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) am Donnerstag bei einer Sitzung des Bildungsausschusses in Stuttgart. „Da gibt es zum Teil noch nicht mal ein Handy.“ Lehrer könnten Schüler, die sich schwer tun mit dem selbstständigen Lernen, ab Montag in die Schule bestellen. Für sie gelte die Schulpflicht – außer es handle sich um Schüler, die zur Risikogruppe gehörten. Außerdem können auch dieses Jahr Schüler bei Abschlussprüfungen durchfallen und müssten in diesem Fall das Schuljahr wiederholen, sagte Eisenmann weiter. „Durch die Prüfung kann ich fallen, das ist klar“, sagte sie während der im Internet übertragenen Sitzung. Diese Frage war bisher, wie viele weitere Details, unklar. Eisenmann hatte kürzlich verfügt, dass kein Schüler dieses Jahr gegen seinen erklärten Willen „sitzenbleibt“ und nicht versetzt wird. Dies gelte aber für Abschlussprüfungen nicht. Der Schulbetrieb im Südbaden soll ab 4. Mai stark eingeschränkt und schrittweise wieder aufgenommen werden.

Vorsicht bei Kleinkindern geboten

Ab Montag gilt im ÖPNV und beim Einkaufen eine Maskenpflicht, auch für Kinder ab sechs Jahren

Von Claudia Fülßer

FREIBURG. Beim Warten auf den Bus, in der Straßenbahn oder im Supermarkt heißt es ab Montag in ganz Baden-Württemberg: Masken auf. Gestern hat die Landesregierung festgelegt, dass diese Regel auch für Kinder ab sechs Jahren gilt. Ausgenommen sind all jene, denen es unter anderem aus medizinischen Gründen nicht zuzumuten ist, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Das können etwa Asthmatiker oder Menschen mit einer Behinderung sein.

Die Ankündigung, dass auch Kinder eine Maske tragen sollen, hat viele Eltern erschreckt. Umso mehr, weil in den sozialen Medien Nachrichten kursieren, in denen dringend davor gewarnt wird, da Kinder mit der Maske einen Atemstillstand erleiden könnten. Grund dafür sei, dass sich das ausgeatmete Kohlendioxid zwischen Mund und Maske staut und dann beim nächsten Atemzug des Kindes wieder eingeatmet werde. So entstehe eine Kohlendioxidnarkose. Dieses Risiko sehen Mediziner nicht. „Mundschutz aus Stoff wie auch medizinische Schutzmasken sind für Kohlendioxid gut durchgängig“, sagt Christoph Müller, Ge-



Wenn schon mit Maske, dann bunt

schaftsführender Oberarzt der Klinik für Allgemeine Kinder- und Jugendmedizin des Universitätsklinikums Freiburg. „Selbst Masken der höchsten Schutzklasse FFP3 haben Poren, die rund 2000 Mal größer sind als das Molekül Kohlendioxid. Daher passiert das Kohlenmonoxid die Masken problemlos. Außerdem ist das Luftvolumen unter der Maske so gering, dass es bei jedem Atemzug ausgetauscht wird.“ Nicht genutzt werden sollten Müller zufolge Masken aus Gummi oder Plastik, die das Gesicht fest umschließen und so den Luft-

austausch behindern. „Wir empfehlen das Tragen von Masken erst für Kinder ab fünf, sechs Jahren“, sagt Andreas Trotter, Präsident des Verbands Leitender Kinderärzte und Kinderchirurgen Deutschland. Er sieht vor allem bei Kleinkindern unter zwei Jahren die Gefahr, dass sie sich mit den Bändern einer Maske strangulieren könnten. Zudem könne in dem Fall, dass das Kind erbricht, das Erbrochene nicht abfließen und möglicherweise in die Atemwege gelangen.

Wer seinem Kind zwischen zwei und fünf Jahren eine Maske aufsetzen möchte, könne dies problemlos tun. „Die Voraussetzung dafür ist immer, dass das Kind die Maske toleriert und die Eltern ihm einen vernünftigen Umgang damit vermitteln können“, sagt Trotter. „Wenn Sie dann mit einer Dreijährigen Straßenbahn fahren und sie für diese Zeit die Maske auf hat, wird nichts Schlimmes passieren.“

Das Atmen mit Mund-Nasen-Schutz ist generell anstrengender als ohne, das betrifft Kinder ebenso wie Erwachsene. Besonders aufmerksam, sagt Trotter, sollten Eltern dann sein, wenn ihr Kind – egal welchen Alters – asthmatische Beschwerden hat. Diese Kinder könnten durch eine Maske schlechter Luft bekommen.

KURZ GEMELDET

UNIONSFRAKTION Masken auf Rezept?

Gesundheitspolitiker von CDU und CSU plädieren für Atemschutzmasken auf Rezept für besonders gefährdete Risikogruppen in der Corona-Krise. Dadurch könne eine „ethisch nicht zu rechtfertigende Kontaktbeschränkung für einzelne Bevölkerungsgruppen“ vermieden werden, heißt es in einem Papier der Arbeitsgruppe Gesundheit der Unionsfraktion. Es solle geprüft werden, wie ein Konzept zur ärztlichen Verordnung von FFP2- und FFP3-Masken „schnellstmöglich umgesetzt“ werden könne. **dpa**

FLÜCHTLINGE Deutschland verteilt

Deutschland will sich nach Darstellung Italiens um die Verteilung der Migranten von der „Alan Kurdi“-kümmern. Innenminister Horst Seehofer (CSU) habe Bereitschaft signalisiert, nach Ablauf der Quarantänefrist für die Umsiedlung zu sorgen, sagte seine italienische Amtskollegin Luciana Lamorgese der Zeitung *Avvenire*. Die 146 Migranten, die am 6. März durch die deutsche Organisation Sea-Eye aus Seenot geborgen worden waren, befinden sich zusammen mit weiteren 34 Geretteten auf einer Fähre vor Palermo. Tests haben bei keinem der 180 eine Infektion nachgewiesen, so Medienberichte. **KNA**